

Die Verteidigung der Freiheit? Wehrpflicht aus liberaler Sicht

Ein Debattenbeitrag von Xaver Spörl

Ich erinnere mich noch gut an jenen 4. Oktober 2022, da ich im mittelfränkischen Roth meinen Dienst bei der 8. Kompanie des Luftwaffenausbildungsbataillons antrat. An sich war dies noch kein bemerkenswerter Vorgang, fingen gemeinsam mit mir doch Hunderte andere Freiwillige ihren Dienst an der Waffe an. Auch die Tatsache, dass ich mit meinen 26 Jahren einer der Ältesten war, ist für sich noch nicht der Rede wert. Doch unter den älteren Semestern in meinem Zug war ich der Einzige, der nicht beim Bund war, weil er eine Karriere hier zumindest in Betracht zog. Ich war da, um ein Zeichen zu setzen.

Nach diesen Zeilen dürfte klar sein, dass ein Essay über das Für und Wider einer Wehrpflicht aus liberaler Sicht aus meiner Feder immer auch ein persönliches Zeugnis ist. Den Entschluss, meinem Land zu dienen, habe ich nach langem Ringen mit mir selbst getroffen als mein Bachelorstudium gerade hinter mir lag. Da war die Angst, der Herausforderung nicht gewachsen zu sein. Auch war da die Angst vor dem Knick in der Karriere. Und da war meine Herkunft als Spross einer pazifistischen Familie, mit Eltern, die Teil der Friedensbewegung gewesen waren und einem Großvater, der in der Bundesrepublik der frühen 1960er lieber hinter Gitter gegangen war, als auf einen Pappkameraden zu schießen.

Seitdem ich politisch denken konnte, war die Bundeswehr Stiefkind der Politik und der deutschen Gesellschaft gleichermaßen. Meine Überzeugung, dass damit eine hässliche Realität verkannt wurde, war mal mehr, mal weniger fest, aber immer da. Gleichzeitig sah ich wie alle Sorgen und Warnungen unserer osteuropäischen Nachbarn, die ich selbst auf Reisen in die Ukraine und ins Baltikum mitbekam, von meiner Regierung in den Wind geschlagen wurden. Der 24. Februar 2022 fühlte sich für mich an wie eine kalte Dusche – und bestärkte mich darin, meinen Überzeugungen endlich Taten folgen zu lassen.

Nur drei Tage später erklärte Olaf Scholz die Ausweitung des seit 2014 andauernden Ukrainekrieges zur Zeitenwende. Die Realität war endlich in den Köpfen führender deutscher Politiker angekommen, doch materialisiert hat sich davon seither wenig. Erst Ende August 2025 hat die schwarz-rote Bundesregierung unter Friedrich Merz ein neues Gesetz zum Wehrdienst beschlossen, das allerdings viele Fragen offen lässt. Ob sich die Freiheit Europas so gegen einen etwaigen Angriff Russlands verteidigen lässt, ist höchst fragwürdig.

Mit meinem eigenen Eintreten für ein wehrhaftes Deutschland gerate ich, so mag es scheinen, mit zwei entscheidenden Aspekten meiner Identität in Konflikt: mit meinem katholischen Glauben und meinen liberalen politischen Überzeugungen. Was meinen Glauben angeht, so bin ich der Auffassung, dass dieser sehr wohl mit Kriegführung zum Zwecke der Verteidigung und sogar einer Wehrpflicht kompatibel ist, doch dies soll hier nicht Thema sein. Was ist aber mit dem Liberalen in mir und seinem ausgeprägten Misstrauen gegenüber allem Staatlichen und

jeglichem Zwang? Die Streitkräfte sind schließlich jene Institution, in der sich die nackte Macht des Staates am stärksten konzentriert, und kein Zwang ist existenzieller, als der, für sein Land sein Leben auf Spiel zu setzen und andere Leben zu nehmen.

Im Mittelpunkt liberalen Denkens stehen das Individuum und seine unveräußerlichen Rechte. Erst wenn meine Freiheit dort endet, wo die meines Nächsten beginnt, sind wir wirklich dazu in der Lage, über uns selbst zu bestimmen und uns ungehindert zu verwirklichen, so die Theorie. Die meisten Liberalen sind sich darüber einig, wem die Aufgabe zukommt, die Rechte des Individuums zu schützen: dem Staat. Doch ihr Verhältnis zu diesem ist zugleich ein zutiefst zwiespältiges. Denn indem sie dem Staat die zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendige Macht einräumen, schaffen sie im gleichen Zuge eine immense potenzielle Bedrohung für jene, deren Freiheit er eigentlich schützen soll.

Der Staat ist Inhaber des Gewaltmonopols. Auf seinem Territorium gilt eine Rechtsordnung, die allein er durchsetzt. Er betreibt Gerichte, an denen das Recht eingeklagt werden kann, stellt eine Polizei, welche es durchsetzt, und sichert seine Souveränität durch bewaffnete Streitkräfte gegen äußere Feinde. Die Bürger erkennen die Hoheit des Staates an, der als Hüter der Rechtsordnung auch ihr Leib, Leben und Eigentum verteidigt. Und sie leisten selbst einen Beitrag, um die Ausübung seiner essenziellen Funktionen zu ermöglichen. Der Staat darf seine Bürger dazu zwingen, ihn bei der Bereitstellung seiner Güter zu unterstützen, was in erster Linie in der Form von Steuern stattfindet. Doch welches zwingende Argument besagt, dass dieser Zwang auf die finanzielle Beteiligung beschränkt sein sollte?

Aus den oben genannten Prämissen, lässt sich kein solches ableiten. Und gerade das Beispiel Deutschlands zeigt, dass eine reine Freiwilligenarmee nicht immer die Verteidigungsfähigkeit eines Landes gewährleisten kann. Von mehr als 200 000 aktiven Soldaten, welche die Bundeswehr anstrebt, fehlt ein Zehntel. Verteidigungsminister Boris Pistorius sprach im Juni 2025 gar von bis zu 60 000 zusätzlichen Soldaten, welche benötigt würden. Auf ein Fehlen finanzieller Anreize kann dieser Mangel indes kaum zurückzuführen sein: Mit ihren Besoldungsstrukturen gehört die Bundeswehr unter europäischen Streitkräften zur Spitzengruppe. Bleibt Deutschland also gar nichts anderes übrig, als seine Bürger zum Dienst an der Waffe zu zwingen, um so das bundesrepublikanische Gemeinwesen und damit liberale Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft zu erhalten?

In der Theorie mag die Wehrpflicht mit dem Liberalismus vereinbar sein, doch wäre es ein Fehler, daraus zu schließen, dass sie Liberalen in der Praxis nicht erhebliche Bauchschmerzen bereiten kann. Eine Ausweitung der Staatsmacht in einem bestimmten Bereich mag für sich gesehen zulässig sein und kann doch ungewollt verheerende Konsequenzen nach sich ziehen. So mag ein Liberaler Staatsverschuldung in einem gewissen Rahmen für ökonomisch

durchaus sinnvoll erachten und dennoch für ihre Begrenzung durch eine Schuldenbremse eintreten, weil nur so Politiker einen Anreiz haben, Prioritäten zu setzen, anstatt den Staat immer weiter auszudehnen.

In seinem Hauptwerk *De pouvoir*, mit dem er sich anschickt, nichts Geringeres als eine „Naturgeschichte der Staatsgewalt“ zu erzählen, schildert Bertrand de Jouvenel eindrucksvoll die Wechselwirkung zwischen Militarisierung und Wachstum des Staates in der Moderne. Erstaunt stellt der französische Ökonom und Philosoph fest, dass im antiken Rom die Größe der Streitkräfte mit dem Anwachsen der Staatsbürokratie abnahm. In der modernen Staatenwelt verhält es sich genau umgekehrt. Diese ist pluralistisch, es herrscht Konkurrenz zwischen den Staaten. Wenn ein Land hier seine Militärmacht ausbaut, kann dies von seinen Nachbarn nicht unbeantwortet bleiben.

Es war die *levée en masse*, die präzedenzlose massenhafte Aushebung von Rekruten durch das revolutionäre Frankreich, die das Zeitalter der relativ begrenzten Kabinettskriege beendete und das Paradigma des Vernichtungskriegs einführte. Ein Feldherr war nun nicht mehr gezwungen, schonungsvoll mit dem Leben seiner Soldaten umzugehen, sondern konnte dem Feind die volle Ladung seines Kanonenfutters entgegenwerfen. Die anderen europäischen Großmächte wussten gar nicht, wie ihnen geschah, und wurden von den Franzosen von 1794 bis 1812 in einer Landschlacht nach der anderen gedemütigt – und sie steuerten nach. Preußen wurde durch die Stein-Hardenbergschen Reformen zu einem modernen Staat umgebaut und führte im Zuge seiner Heeresreform die allgemeine Wehrpflicht ein, die es danach nicht mehr abschaffte.

Die Bedrohung durch äußere Feinde verschafft dem Staat eine willkommene und meist auch überzeugende Begründung, sich immer umfassendere Machtbefugnisse zu sichern. Und je mächtiger seine Rivalen werden, desto hemmungsloser beutet er seine eigenen Ressourcen, darunter in erster Linie seine wehrfähige Bevölkerung, zum Zwecke seiner Wehrhaftigkeit aus. Diese Dynamik führte letzten Endes zu den großen Verheerungen des 20. Jahrhunderts, zu Materialschlachten und totalem Krieg, einhergehend mit Zensur, Gängelung des Wirtschaftslebens und inflationärer Geldschöpfung. Auch im Innern gewinnt der Staat an Macht und Größe, wie sich aktuell in Russland beobachten lässt: Während im Donbass und an der Dnipro-Mündung Wehrpflichtige und Vertragssoldaten aus Dagestan oder Sibirien verbluten, ist der Kreml so repressiv wie seit dem Tod Stalins nicht und stellt das gesamte Land auf Kriegswirtschaft um.

Der Liberale weiß genau: Wer dem Staat seinen kleinen Finger gibt, läuft früher oder später Gefahr, den ganzen Arm zu verlieren. Analog könnte auch gelten: Das Volk, dass seinen Machthaber seine volljährigen Söhne für ein bis zwei Jahre überlässt, beschreitet damit den geradesten Weg zur Knechtschaft. Doch ist das nicht allzu deterministisch gedacht? Gehorcht

das Staatswesen wirklich Naturgesetzen, wie Jouvenel behauptet? Sind nicht die Schweiz oder Singapur Beispiele für Staaten mit klar begrenzten Kompetenzen, die zugleich hochgerüstet sind und eine restriktive Wehrpflicht anwenden? Die Stärkung des Militärs geht immer mit einer Stärkung des Staates überhaupt einher und es ist richtig, davor zu warnen. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der aktuell angestrebten Aufrüstung Deutschlands, die mit der größten Schuldenaufnahme der bundesrepublikanischen Geschichte einhergeht. Doch sollte dies nicht von der Notwendigkeit einer überzeugenden Abschreckung ablenken.

Die Erkenntnis, dass Krieg eine Tatsache des menschlichen Daseins ist und diejenigen, die davor die Augen verschließen, Unterwerfung und Knechtschaft riskieren, ist so alt wie die Geschichtsschreibung selbst. In der wohl bekanntesten Passage seiner Geschichte des Peloponnesischen Krieges gibt Thukydides einen fiktionalisierten Dialog zwischen Gesandten des mächtigen Athen und der kleinen und neutralen Insel Melos wieder. Die Melier beharren auf ihrer Neutralität und wollen sich Athen nicht freiwillig unterwerfen. Jedes einzelne Argument, das sie dabei vorbringen, wird von den Athenern einfach abgeschmettert, die auf dem nackten Recht des Stärkeren beharren. Am Ende kommt es wie es kommen muss: Nach kurzer Belagerung durch Athen muss sich Melos geschlagen geben, die Bevölkerung wird hingerichtet oder versklavt.

Doch wir müssen gar nicht erst auf die Frühgeschichte der europäischen Zivilisation zurückgehen. Anfang der 1930er-Jahre trieb die britische Regierung unter Premier Stanley Baldwin auch nach der sogenannten Machtergreifung Hitlers die Abrüstung seines eigenen Landes weiter voran. Die mangelhafte militärische wie psychologische Kriegsbereitschaft Großbritanniens mündete in der berüchtigten Appeasement-Politik von Baldwins Nachfolger Neville Chamberlain, der 1938 die Annexion des Sudetenlandes durch Nazideutschland billigte und damit Hitler in seinen Expansionsgelüsten bestärkte. Vielleicht hätte der verheerendste Krieg der Geschichte verhindert werden können, wäre Großbritannien früher für den Kampf gerüstet gewesen.

Es ist egal worin die Begründung dafür liegt, in pazifistischen oder humanitären Argumenten, in purer Naivität oder Bequemlichkeit oder eben in liberaler Furcht vor einem Anwachsen der Staatsgewalt: Wer sich nicht auf Krieg einstellt, leistet Tyrannen und Kriegstreibern wie Hitler Vorschub und endet selbst im schlimmsten Fall wie die Bürger von Melos. Dies sollte eine Warnung sein, die Option einer Wehrpflicht von vornherein auszuschließen. Das kriegsmüde Deutschland führte selbst schon 1956 wieder eine Wehrpflicht ein, um als Teil der NATO einen Beitrag zum Schutz seiner selbst und Westeuropas vor dem gewaltsamen Export des Kommunismus durch die Sowjetunion und ihre Marionetten zu leisten. Die Stärke dieses Bündnisses hat mit dazu beigetragen, dass wir in der westlichen Welt auf eine recht lange und in dieser

Form nie zuvor dagewesene Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Freiheit und wachsenden Wohlstandes zurückblicken können.

Einmal mehr findet sich der Liberale dort wieder, wo Marion Gräfin Dönhoff einst seinen legitimen Platz verortet hatte: zwischen allen Stühlen. Um nicht in der Aporie zu verharren, wollen wir uns wieder an den Punkt begeben, von dem wir ausgegangen sind. Ist eine Wehrpflicht für Deutschland das Gebot der Stunde? Richtig umgesetzt, könnte sie in der Tat dazu beitragen, dass unser Land rein zahlenmäßig wieder ausreichend Soldaten hat, um sich und seine Verbündeten zu verteidigen. Doch wer glaubt, Deutschland allein durch den Zwang zum Militärdienst verteidigungsbereit zu machen, glaubt auch, dass Umverteilung ein Akt der Nächstenliebe ist. Genau wie durch den Sozialstaat kein Bürger gerecht gemacht wird, ist auch eine Wehrpflicht nicht dazu in der Lage, uns in opferbereite Patrioten zu verwandeln.

Studien aus den drei Jahren seit der Ausweitung des Ukrainekriegs über die Bereitschaft der Deutschen, im Ernstfall für ihr Land zu kämpfen, schwanken zwischen 20 und 35 Prozent. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nimmt sich diese Zahl eher niedrig aus. Wir sollten uns nicht für eine Wehrpflicht entscheiden, solange es keinen grundlegenden Wandel in der deutschen Kultur gibt, durch den junge Leute die intrinsische Motivation zum bewaffneten Einsatz für ihr Land entwickeln. Dieser Wandel kann nicht vom Staat herbeigeführt werden, sondern muss seinen Ausgang in der Zivilgesellschaft nehmen.

Es gibt einen Liberalismus, der zum Relativismus neigt, der Traditionen belächelt und Verträge und Gesetze zum Maß aller Dinge erklärt. Es gibt aber auch einen Liberalismus, der Moralität nicht auf die Achtung der negativen Freiheit anderer beschränkt und geteilte Werte, gemeinsame Traditionen und Kultur für das notwendige Fundament einer freien und offenen Gesellschaft hält. Es ist der Liberalismus eines Adam Smith, der die Segnungen der freien Marktwirtschaft als einer der ersten beschrieb, diese aber stets als eingebettet in eine Kultur des Vertrauens und der *sympathy* dachte. Es ist der Liberalismus eines Alexis de Tocqueville, der erkannte, dass die *mœurs*, die Sitten, unabdingbar für das Gedeihen einer freiheitlichen Demokratie sind.

Mögen sie auch für heutige Ohren antiquiert klingen, so sind doch Ideale wie Wehrhaftigkeit, Patriotismus, ja selbst Opferbereitschaft unverzichtbar für das langfristige Überleben eines jeden Gemeinwesens, die Wohlfahrt einer jeden Gesellschaft. Sie können jedoch auch pervertiert und zu radikal bösen Zwecken eingesetzt werden – wie in unserem Land tatsächlich geschehen. Weil ihnen der Schmerz über das ungeheure Leid, das sie mithilfe und im Namen dieser Ideale oder ihrer Trugbilder angerichtet haben, unerträglich schien, haben unsere Eltern und Großeltern sie abgestoßen. Es ist unsere Mission, die andere Seite der Medaille zu sehen, diese Tugenden wieder zu entdecken und unsere historische Erfahrung dazu zu nutzen, sie

verantwortungsvoll zu leben. Nur so schaffen wir ein tragfähiges Fundament für eine liberale Gesellschaft – und für die militärische Stärke, sie zu verteidigen.

Köln, den 16. September 2025